Aktionsbündnis Brandenburg

KLIMASCHUTZ IM FOKUS

Wie Rechtsextreme die ökologische Wende bekämpfen

aktions bündnis BRANDENBURG
gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

Impressum

Herausgeber: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

Text: Jonas Frykman

Wissenschaftliche Beratung: Carina Book

Redaktion: Maica Vierkant

Redaktionsschluss: Dezember 2022

Lektorat: www.text-arbeit.net

Gestaltung: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation

Bildnachweis: S. 1, 30/31, 33, 34, 48, 54, 56/57, 60/61 depositphoto, S. 9 Wikipedia/Z thomas, S. 12 istock/KreativMedia Berlin - Marten Ronneburg, S. 13 istock/Ceri Breeze, S. 15 corinna1411/flickr, S. 18/19 pixabay/christinacordes, S. 20 Wikipedia/Membeth, S. 21 pixabay/Ralphs_Fotos, S. 22/23 Wikipedia/Leonhard Lenz, S. 37 pixabay/Ylvers, S. 38/39 shutterstock/Mike Mareen, S. 44/45 Wikipedia/Enzoklop, S. 47 shutterstock/ThomBal, S. 50/51 Marco Verch/flickr, S. 53 LEAG_DE/flickr, S. 59 Wikipedia/Daniel Brockpähler

Druck: Klimaneutral mit einer auf Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellten und vollständig recycelbaren Farbserie gedruckt auf zertifiziertem Recyclingpapier aus regional gesammelten Altpapier, hergestellt in einer Papierfabrik in Schwedt/Oder.

V.i.S.d.P.: Frauke Büttner
Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Rassismus
Mittelstraße 38/39
14467 Potsdam
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Förderung: Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

TOLERANTES BRANDENBURG

INHALT

VORWORT 5

BRANDENBURG: DER SCHWERE WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT 8

DIE EXTREME RECHTE UND DER KLIMASCHUTZ 14

„DEMOKRATISCHE UND SOLIDARISCHE WERTE HOCHHALTEN“
Interview mit Lukas Nicolaisen (FARN) 24

DER KLIMA-POPULISMUS DER AFD 32

„VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER KLIMAKRISE MITDENKEN“
Interview mit Pia Lamberty (CeMAS) 40

IM KAMPF GEGEN DIE ENERGIEWENDE 46

KOHLEAUSSTIEG: „GEFÜHLTE“ MEHRHEITEN IN DER LAUSITZ 52

WINDKRAFT: RECHTE MISSBRAUCHEN VOGELSCHUTZ 58

TIPPS ZUM WEITERLESEN 62

VORWORT

Wir brauchen eine Welt, in der wir alle leben können – jetzt und in Zukunft. Das klingt so einfach, ist jedoch in vielerlei Hinsicht eine große Herausforderung. Seit mehr als 25 Jahren tritt das Aktionsbündnis Brandenburg für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der kein Platz ist für Rassismus und Diskriminierung. Gemeinsam halten wir dagegen, wenn rechtsextreme und demokratiefeindliche Hetze verbreitet wird. Das Spektrum der extremen Rechten hat sich dabei in den letzten Jahren vergrößert, manche Strategien und Argumentationen haben sich verändert. Und doch geht es im Kern immer um die Frage, wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen.

Auf den ersten Blick mag das Thema Klimawandel wenig mit Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit zu tun haben. Doch verschiedene Akteur*innen der extremen Rechten versuchen, genau hierüber Stimmungen aufzugreifen und sie für die eigenen politischen Ziele zu nutzen. Zudem haben die Klimaveränderungen unmittelbar etwas mit der Verfasstheit unserer Gesellschaft zu tun: Sie greifen tief in unser Leben ein und erzwingen politische Debatten und persönliche, wirtschaftliche und staatliche Reaktionen. Verantwortlich für den Klimawandel sind maßgeblich die westlichen Industrienationen, während die Leidtragenden in erster Linie diejenigen Menschen sind, die im globalen Süden leben. Schon jetzt ist absehbar, dass die rassistische Stimmungsmache gegen klimabedingte Fluchtbewegungen in Zukunft zunehmen wird.

Der Angriff von rechts gilt zudem der Demokratie, ihren Institutionen und ihren Engagierten. So unterstellte der Brandenburger Fraktionsvorsitzende der AfD Hans-Christoph Berndt der Partei Bündnis 90/Die Grünen in dem AfD-Podcast „Keine

Panik – Klimahysterie beenden!“, sie würde sich über die Energiekrise und die Inflation freuen: „Die sehen nämlich jetzt die Chance, das, was sie immer wollten, die Große Transformation, die ökologisch-soziale Transformation durchzubringen.“ Die Grünen sind für Berndt jedoch nur eine Art Speerspitze, die die anderen Parteien hinter sich herzieht.

Zunehmend ist der Begriff der Großen Transformation neben dem des Great Reset eine Erzählfigur, die in verschwörungsideologischen Kreisen regelmäßig bemüht wird. Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremen Compact-Magazins aus Falkensee, erklärt sein Verständnis von Verschwörungserzählungen folgendermaßen: „Es werden Erzählungen gemacht, es werden Märchen und Allegorien formuliert, die dann wabern […] Es ist nicht die Wahrheit, aber es hält sozusagen die Volksseele, den Volksdiskurs am Laufen.“

Ob als Teil einer weltweiten Verschwörung oder als Instrument eines politisch-ideologischen Programms: Immer wieder wird unterstellt, der menschengemachte Klimawandel existiere nicht, sei nicht so dramatisch und in Wirklichkeit gehe es eigentlich um etwas ganz anderes. Lena Kotré, Abgeordnete der AfD, spricht im Brandenburger Landtag von der angeblich „wahnhaft in unsere Gesellschaft implementierten, wirren Idee des menschengemachten Klimawandels“. Und für Berndt sind Erderhitzung, die bevorstehende Klimakatastrophe und Zunahme von Extremwettern „Horrorbehauptungen“, die allesamt haltlos seien, wenn man sich „ein bisschen kundig“ mache. Diese Verächtlichmachung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse ist uns spätestens seit der Corona-Pandemie auf vielen Ebenen begegnet. Regelmäßig werden wissenschaftliche Methoden pauschal als Teil des „Establishments“ abgelehnt. Stattdessen wird mit kaum überprüfbaren Behauptungen oder sogar Lügen und Fake News gearbeitet. Viel zu oft wird daraus in den sozialen Netzwerken Hass und Hetze.

Diese Hasstiraden sind vielstimmig, auch in Brandenburg. Und doch gibt es in der Mark vor allem ein Zugpferd, wenn es darum geht, sich gegen Klimaschutzmaßnahmen zu stellen und die Klimakrise mit rassistischen Vorurteilen und einem

nationalistischen „Wir zuerst“ zu verknüpfen: die AfD. Deren Vertreter*innen nehmen immer wieder zivilgesellschaftliche Akteur*innen in ihr Fadenkreuz – seien es die jungen Menschen von Fridays for Future, das renommierte Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung oder das Mitglied unseres Aktionsbündnisses, die NaturFreunde. Die Zivilgesellschaft weist seit Langem auf die zentrale Rolle der Partei für den Rechtsextremismus in Brandenburg hin.

In der vorliegenden Broschüre finden Sie nicht nur Informationen über die Klimawandelleugnung der extremen Rechten hier in Brandenburg. Es war uns wichtig, Ihnen auch positive Beispiele für eine lebenswertere Zukunft aufzuzeigen. Am Ende des Heftes finden Sie zudem einige Tipps, die Ihnen helfen können, sich in der Auseinandersetzung mit diesem Thema sicherer zu fühlen.

THOMAS WISCH
Vorsitzender des Aktionsbündnisses Brandenburg

BRANDENBURG: DER SCHWERE WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

August 2018 bei Senftenberg: Von der Schwarzen Elster, einem zehn Meter breiten Fluss, ist nur eine Staubpiste übrig, übersät mit erstickten Fischen. Es ist eines von vielen Zeichen, anhand derer man in den letzten Jahren schon erahnen konnte, mit welcher Wucht der Klimawandel unser Leben verändern wird. 1,6 Grad wärmer als das langjährige Temperaturmittel war es 2018. Es war damit das wärmste, das trockenste und das sonnigste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881, und die beiden Jahre danach waren fast ebenso heiß.

Auch in den Seen sinken die Pegel, und der erste ist für immer verschwunden. Der Fresdorfer See bei Michendorf ist ausgetrocknet. Die Dürre greift auch die Kulturlandschaft an. 750 Bäume, einige von ihnen über 200 Jahre alt, mussten allein 2019 im Schlosspark Sanssouci gefällt werden. Und immer öfter heißt es: Waldbrandstufe 5. Die märkischen Kiefernwälder brennen wie Zunder. Im Juni 2019 stand bei Jüterbog eine Waldfläche so groß wie 1.000 Fußballfelder in Flammen – einer von etwa 1.000 Waldbränden in Brandenburg seit Beginn der Dürreperiode 2018. Die Mark ist ohnehin neben Sachsen-Anhalt die niederschlagsärmste Region Deutschlands, und inzwischen ist sie so trocken, dass es mehrere Monate lang Tag und Nacht durchregnen müsste, um den Wassermangel im Boden auszugleichen.

In der Hitze fühlen sich Tiere und Pflanzen wohl, denen es in diesen Breiten bislang zu kühl war. So hat die aus dem Mittelmeerraum stammende Gottesanbeterin die Lausitz für sich entdeckt. Auch das West-Nil-Virus, das von gewöhnlichen Stechmücken übertragen wird und Gehirnentzündungen auslöst, ist in der Mark heimisch geworden.

Für die Menschen, besonders die alten, kranken und schwachen, ist die Hitze in jedem Fall eine unsichtbare Todesgefahr. In einem normalen Jahr sind es im

Schnitt 53 Menschen, die in Brandenburg aufgrund von Hitze sterben. 2018 waren es 362.

IM BRAUNKOHLELAND

Die Dürrejahre sind nur ein Anfang, und wir wissen prinzipiell schon, wie es weitergehen wird. Denn wie sich das Klima bis 2050 entwickeln wird, lässt sich berechnen. Den Hochleistungscomputer, mit dem der Deutsche Wetterdienst die tägliche Wetterprognose erstellt, nutzt er auch zur Klimaprognose. Der Ausgangspunkt der Rechnung, das heutige Klima, und die physikalischen Gesetze sind bekannt. Der unbekannte Faktor ist die Menge an Treibhausgasen.

Der Deutsche Wetterdienst berechnet, was mit einem konsequenten Klimaschutz, mit ein bisschen und fast ohne Klimaschutz auf uns zukommen wird. Weil das Klima träge reagiert, ist die Prognose bei den drei Szenarien bis 2050 in etwa gleich. Wenn es gelingt, die Erderwärmung durch sofortigen strengen Klimaschutz auf unter zwei Grad zu begrenzen, wird sich das Klima ab 2050 stabilisieren. In ihrem Buch „Deutschland 2050“ beschreiben die Journalisten Toralf Staud und Nick Reimer sehr anschaulich, wie das Leben dann aussehen wird: Es wird sehr heiß und trocken werden, es wird Stürme und Starkregen geben, aber ein Leben, das unserem heutigen Alltag ähnelt, wird möglich sein. Wenn der bisherige, halbherzige Klimaschutz fortgesetzt wird und sich die Welt weiter aufheizt, dann wird sich das Leben ab 2050 so radikal wandeln, dass die Änderungen, die zur Senkung der Treibhausgasemissionen heute nötig sind, daneben verblassen werden.

Vor über 25 Jahren veröffentlichte das renommierte Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) die Studie „Mögliche Auswirkungen von Klimaveränderungen auf das Land Brandenburg“, in dem ein „Trend zur Steppe“ konstatiert wurde. Als der Bericht 1996 erschien, hatte Brandenburg einen Kohlendioxidausstoß von 53 Millionen Tonnen pro Jahr. 2019 waren es genauso viel. Das sind bundesweit die höchsten CO_2 -Emissionen pro Kopf, und zwar mit Abstand. Über Jahrzehnte wurden die klimaschädlichen Emissionen nicht reduziert – bis zum 30. September 2018, als um 16.54 Uhr der Kraftwerksblock F in Jänschwalde abgeschaltet wurde. Mit der Stilllegung des Blocks wurden die jährlichen CO_2-Emissionen des Landes auf einen Schlag um sieben Prozent verringert. Zum Vergleich: Der Anteil aller märkischen Landwirtschaftsbetriebe zusammen beträgt sechs Prozent. Die Braunkohle ist für 43 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Verbesserung der Klimabilanz seit 2018 geht nahezu vollständig auf den begonnenen Kohleausstieg zurück.

Was in den vergangenen 25 Jahren versäumt wurde, soll nun im kommenden Vierteljahrhundert nachgeholt werden. Bis spätestens 2045 soll Brandenburg klimaneutral werden. Die Potsdamer Landesregierung hat sich im November

2021 zu den Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz bekannt, auf der die allermeisten Staaten 2015 vereinbarten, die Erderwärmung auf maximal zwei, besser 1,5 Grad gegenüber den Werten im vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. In der Pflicht steht das Land auch durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Dessen Erster Senat hatte am 24. März 2021 einer Verfassungsbeschwerde stattgegeben, die unter anderen Mitglieder der Bewegung Fridays for Future eingelegt hatten. Das Gericht erklärte das deutsche Klimaschutzgesetz für verfassungswidrig, weil darin nicht klar genug geregelt sei, wie die Minderung der Treibhausgasemissionen ab 2031 erreicht werden soll. Die heutige Generation dürfe, so die Richter*innen sinngemäß, nicht aus Bequemlichkeit große Teile des Kohlendioxid-Budgets aufbrauchen, weil sie dadurch die nachfolgenden Generationen zu drastischen Einschränkungen ihrer Freiheit zwinge. Die Bundesregierung wurde angehalten, bis Ende 2022 nachzubessern. Die Landesregierung erarbeitet parallel dazu den „Klimaplan Brandenburg", der ebenfalls bis Ende 2022 für alle wesentlichen Sektoren wie Energie, Industrie sowie Gebäude verbindliche Klimaziele, Maßnahmen und Zeitpläne festlegen soll.

KLIMA-POPULISMUS

Eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Energiewende, nach unterschiedlichen Studien zwischen 70 und 75 Prozent der Menschen in Deutschland. Aber etwa jede*r Vierte ist aus unterschiedlichen Gründen dagegen. Unter den Gegner*innen der Energiewende ist eine große Gruppe Menschen, denen die Klimakrise bewusst ist, die aber aus mehr oder weniger nachvollziehbaren Gründen einzelne Klimaschutzmaßnahmen ablehnen. Zum Beispiel, weil sie auf das eigene Auto angewiesen sind, weil sie eine fehlende Bürgerbeteiligung kritisieren, weil sie Windräder für schädlich halten oder weil sie lieber Urlaub in der Südsee als an der Ostsee machen wollen. Andere bezweifeln, dass die Folgen des Klimawandels schwerwiegend sein werden, und lehnen deshalb Veränderungen ab. Nur neun Prozent der Menschen leugnen grundsätzlich, dass sich die Erde aufgrund der industriellen Treibhausgasemissionen erwärmt, und bestreiten dementsprechend die Notwendigkeit des Klimaschutzes.

Die demokratischen Parteien unterstützen jeweils das Ziel der Klimaneutralität, allerdings haben sie verschiedene Vorstellungen, was die Geschwindigkeit und den Weg dorthin betrifft. Das Spektrum: Die FDP vertraut auf technische Lösungen und Marktmechanismen, damit Deutschland bis 2050 klimaneutral wird, die LINKE setzt auf staatliche Vorgaben und Großinvestitionen, um bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Die AfD ist die einzige in Parlamenten vertretene Partei, die den menschengemachten Klimawandel leugnet und deshalb auch den Klimaschutz pauschal ablehnt.

Für die AfD war die Kritik am Klimaschutz ein zentrales Mobilisierungs-

thema im Bundestagswahlkampf 2021. Die klimapolitischen Social-Media-Posts wurden häufiger gelesen und geteilt als alle anderen Veröffentlichungen der Partei in den sozialen Netzwerken. Unter den Gegner*innen der Energiewende ist die AfD mit Abstand die stärkste Partei. Dementsprechend versucht sie, sich in Brandenburg als Sprachrohr von Autofahrer*innen, Kohlekumpeln und Windkraftkritiker*innen zu inszenieren.

Diese Gruppen sind allerdings nicht pauschal gegen Klimaschutz, sondern haben spezifische Interessen und konkrete Ziele. Eine Befragung aus dem Jahr 2016 zeigt etwa, dass die AfD von ideologisch gefestigten Energiewende-Gegner*innen Unterstützung erhält. Es gelingt ihr aber nicht, jene anzusprechen, die aus verschiedenen Sachgründen – zum Beispiel Kritik an Genehmigungsverfahren, Furcht vor Gesundheitsgefahren oder Bedenken aufgrund des Tierschutzes – der Windkraft kritisch gegenüberstehen. Zu diesen Sachfragen sagt die AfD kaum Substanzielles. Sie greift nur das Stichwort „Windkraft“ auf, um populistisch gegen vorgebliche „grüne Eliten“ zu hetzen.

Der Weg zur Klimaneutralität wird viele Konflikte mit sich bringen. Ein Kernthema wird die Klimagerechtigkeit sein, also die Frage, wie die hohen Kosten, die im Zuge der notwendig gewordenen Energie- und Verkehrswende auf uns zukommen werden, gesellschaftlich verteilt werden. Davon wird wohl maßgeblich abhängen, ob eine große Mehrheit diese Wende unterstützen wird oder ob es Leugner*innen und Demokratiefeind*innen gelingt, Kritiker*innen von Klimaschutzmaßnahmen auf ihre Seite zu ziehen. Grundfalsch wäre jedenfalls, Kritik an Windkraft oder andere Maßnahmen pauschal als „rechts“ abzutun.

STEIGENDE MEERESSPIEGEL

Wenn Klimaforscher*innen in den Medien erklären, dass die Klimakrise die Meeresspiegel ansteigen lässt, werden oft Bilder von Südseeinseln eingeblendet, die bald vom Ozean verschlungen zu werden drohen. Die Klimafolgenforschung prognostiziert aber auch, dass im Jahr 2050 der Fußballplatz von Blau-Weiß 90 Gartz in der Uckermark unter Wasser stehen wird. Die Organisation Climate Central hat sich darauf spezialisiert, die komplizierten wissenschaftlichen Klimaprognosen allgemeinverständlich darzustellen. Und auf einer detaillierten Weltkarte unter coastal.climatecentral.org sieht man, dass voraussichtlich nicht nur Usedom und der halbe Darß unter dem Meeresspiegel liegen werden. Flutgefährdete Gebiete werden sich in 30 Jahren die Oder entlang über die Kleingartenvereine Neuland und Wiesengrund bis auf den Supermarktparkplatz an der Berliner Straße in Schwedt erstrecken.

DIE EXTREME RECHTE UND DER KLIMASCHUTZ

Klimaschutz gilt für weite Teile der extremen Rechten als ein „links-grünes Projekt". Anhänger*innen der AfD bestreiten grundsätzlich die Existenz der Klimakrise und damit die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Stattdessen propagieren sie einen auf Kohle und Gas basierenden „Energie-Nationalismus". Dabei ist Naturschutz Rechtsextremen eigentlich nicht fremd, der Erhalt von Wäldern und Flüssen, Tieren und Pflanzen ist ihnen sogar ein Anliegen. Bei näherem Hinsehen aber entpuppt sich rechter Umweltschutz als reine Menschenverachtung.

Die AfD ist in Brandenburg die bedeutendste Organisation der extremen Rechten, die sich vehement gegen Klimaschutzmaßnahmen ausspricht. Und die Partei, besonders die Landtagsfraktion, verfügt über ein weitverzweigtes Netzwerk. Was die Klimapolitik betrifft, ist besonders die Verflechtung mit dem den Klimawandel leugnenden Verein Europäisches Institut für Klima & Energie (EIKE) aus Jena wichtig. Der stellvertretende EIKE-Vorsitzende Michael Limburg kandidierte 2017 für die märkische AfD für den Bundestag. Es reichte zwar nicht für ein Mandat, aber die AfD versorgte Limburg, der an der Ausformulierung der Klimapolitik der AfD beteiligt war, mit einer Anstellung beim Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse. Dieser ist Obmann der AfD-Fraktion im Klima-Ausschuss des Deutschen Bundestags und ebenfalls ein aggressiver Leugner der Klimakrise. Auch weitere EIKE-Mitglieder gehören der AfD an.

ÖKOLOGIE VON RECHTS

Erheblichen Einfluss auf die AfD wiederum übt eine Strömung der Neuen Rechten aus, deren intellektuelles Zentrum das im Sachsen-Anhaltinischen ansässige Institut für Staatspolitik, kurz IfS, ist. Als Gesicht der neurechten Denkfabrik fungiert der Verleger Götz Kubitschek. Wenn Journalist*innen Reportagen über

Rechtsextreme schreiben, wird häufig der ehemalige Bundeswehroffizier porträtiert. Er streichelt dann oft seine Ziegen auf einem „Rittergut“ genannten Bauernhof im Dorf Schnellroda. Geschäftsführer seines Instituts ist Erik Lehnert, und der wiederum ist im Potsdamer Landtag als Fraktionsreferent bei der AfD angestellt.

Aus dem Umfeld des IfS stammt das seit 2020 vierteljährlich erscheinende Naturschutzmagazin Die Kehre. Deren Autor*innen beklagen eine „Überbetonung des Klimawandels“ und thematisieren stattdessen lieber das Bevölkerungswachstum in den von Armut gezeichneten Ländern des globalen Südens – eine „Überbevölkerung“, deren „Schrumpfung“, so der Chefredakteur Jonas Schick, zu befürworten sei. In Anlehnung an das zivilisationsskeptische Denken des Nationalsozialismus wird die Klimakrise als Zeichen eines Verfallsprozesses beschrieben. Die Moderne habe „das gemeine Individuum seiner angestammten Bindungen an Boden und (familiärer) Gemeinschaft“ entzogen. Energieintensive Verkehrsmittel seien „Vehikel der Kosmopoliten“. Demgegenüber würde, wer „an einem Ort Wurzeln geschlagen hat“, so Schick mit deutlich antisemitischer Grundierung, „im Gegensatz zum ständigen Wanderer“ diesen auch pflegen. Ein regelmäßiger Autor des ökofaschistischen Magazins ist der Pressesprecher der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion, Jörg Dittus.

Bereits 2017 brachte das in Falkensee erscheinende rechtsextreme Magazin Compact eine aufwendige Sonderausgabe zum Thema Klimawandel heraus, ein weiteres Sonderheft erschien 2019. Reißerisch aufgemacht, mit markigen Überschriften („Öko-Diktatur. Die heimliche Agenda der Grünen“) und unterlegt mit seriös anmutenden Schaubildern („Mittlere Sonnenfleckenanzahl 1705 bis 2000“), bilden die Artikel eine durchgängige Verschwörungserzählung: Danach plane eine im Verborgenen agierende „Weltelite“, deren „organisatorisches Zentrum“ die wissenschaftliche Vereinigung Club of Rome sei, die Menschheit in einer „Klima-Diktatur“ zu versklaven. Ihre Werkzeuge: Fridays for Future, die Klimawissenschaft und die Grünen. Entsprechend schäumen die Hefte über vor Hass gegen Klimaschützer*innen. Nach Angaben des Chefredakteurs Jürgen Elsässer verkauften sich die beiden Sonderausgaben besonders gut.

VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Die Auseinandersetzung um die Energiewende sieht Elsässer seit den Klimastreik-Demonstrationen 2019 als das zentrale Thema für die extreme Rechte. Sein Magazin bedient aber auch andere Verse des Verschwörungsglaubens, besonders gern jene, nach der die Corona-Impfung eine „Biowaffe“ sei, mit der das globale Kapital im Bund mit den Grünen einen „Great Reset“ (deutsch: „Der große Neustart“) durchsetzen wolle. Damit bezieht er sich auf eine gleichnamige

Initiative des Weltwirtschaftsforums (2020 erschien dazu auch das Buch„ Covid-19: Der große Umbruch“), die Wirtschaft nach der Covid-19-Pandemie umzubauen, um weltweit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu stärken. Die Verschwörungsgläubigen behaupten dazu, eine „Finanzelite“ habe das Virus erfunden (oder die Pandemie vorgetäuscht), um eine „neue Weltordnung“ zu ihrem Vorteil errichten zu können. Solche Fake News nennt Elsässer verharmlosend „mythische Übertreibungen“; sie seien notwendig, um die Gesellschaft in seinem Sinne weiterzuentwickeln.

Als Echokammer für Compact und weitere Medien aus dem Kosmos der extremen Rechten fungiert ein Netzwerk aus zahllosen, miteinander verbundenen Telegram-Kanälen wie „Freie Brandenburger“, „Oberhavel steht auf“ oder „Frankfurter Freigeister“. Im Februar 2022 waren im Land Brandenburg 94 solcher öffentlicher Chat-Kanäle mit insgesamt 43.700 Abonnent*innen bekannt. Die Kanäle wurden meist gegründet, um Aufrufe zu Demonstrationen der Pandemie-Leugner*innen aus der Querdenken-Bewegung zu teilen. Stellungnahmen gegen die Black-Lives-Matter-Bewegung, gegen grüne Politiker*innen und gegen Klimaschutzmaßnahmen gehörten aber auch regelmäßig dazu.

Im Laufe des Jahres 2022 rückte die Auseinandersetzung mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und der Energiepreiskrise zunehmend in den Fokus. Ab September 2022 wurden in den Telegram-Gruppen „Spaziergänge“ genannte Demonstrationen beworben, die als Aktionsform bereits zum Jahreswechsel 2021/22 populär waren. Auch wenn die Parolen und Forderungen der Demonstrant*innen vielfältig waren, so richteten sie sich fast immer gegen die Bundesregierung und die Europäische Kommission, die unter anderem für Krieg, Pandemiepolitik und Energiepreise verantwortlich gemacht wurden. Es beteiligten sich längst nicht nur Rechtsextreme und Verschwörungsgläubige. Neben Hooligans und Reichsbürger*innen gingen auch Menschen auf die Straße, die Sorge vor einer Kriegsbeteiligung Deutschlands haben oder die gegen die drohende Verarmung angesichts der Preissteigerungen protestierten.

ENERGIE-NATIONALISMUS

„Unser Volk zuerst“ – unter diesem Slogan fanden die größten und auch aggressivsten Demonstrationen in Cottbus statt. Veranstaltet wurden sie von dem Spreewälder Verein Zukunft Heimat, dessen Sprecher Hans-Christoph Berndt auch Chef der Brandenburger Landtagsfraktion der AfD ist. Der umtriebige Verein wurde 2015 gegründet, um gegen die Aufnahme von vor dem syrischen Bürgerkrieg Geflüchteten zu protestieren. Seit der Corona-Pandemie dient er auch als Plattform für Pandemie-Leugner*innen. Im Herbst 2022 reihte sich Zukunft Heimat in die Kampagne ein, mit der die AfD erneut die politische Führung der „Spaziergänge“ beanspruchte.

Billige Energie für Deutsche, das müsse die Richtschnur der Politik sein – so kann man das Anliegen der Demonstrant*innen zusammenfassen. Die Bundesregierung, so die Kritik der AfD, Mitveranstalterin des Cottbuser Protests, wolle stattdessen „wahlweise das Klima, sogenannte Flüchtlinge oder gleich den Weltfrieden retten". Als Basis ihres Energie-Nationalismus will die Partei die weitere Verbrennung von Kohle und einen verstärkten Import von russischem Erdgas. Dass die Abhängigkeit von klimaschädlichen Energieträgern die deutsche Wirtschaft erst so verwundbar gemacht hat, wird dabei geflissentlich übersehen – oder verschwiegen.

Die AfD profitierte von den Protesten im Herbst 2022. In Umfragen stieg sie zur stärksten Partei in Ostdeutschland auf. Dagegen spielte die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gar keine Rolle mehr. Die Konkurrenz von der populistischen AfD auf der einen und den umtriebigen Neonazis von der Partei Der III. Weg auf der anderen Seite hat ihren Bedeutungsverlust beschleunigt. So gelang es der im Niedergang begriffenen NPD auch nicht, eine schlüssige Klimapolitik zu entwickeln. Die energiepolitischen Positionen im Parteiprogramm beschäftigen sich noch mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das es gar nicht mehr gibt. Auf der NPD-Webseite polemisieren Funktionäre etwas uninspiriert gegen eine „Klima-Ideologie" und verlangen den Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken. Klare Ziele nennt die NPD nur beim Energiesparen: 0,5 Prozent

des nationalen Energieverbrauchs sollen jährlich durch die Deportation von 400.000 Personen eingespart werden. Dabei hatte die Partei einst ein ökologisches Profil. Schon in den 1960er-Jahren, lange vor der Gründung der Grünen, forderte die NPD in ihrem Grundsatzprogramm den „Schutz des Waldes“, die „Reinerhaltung der Flüsse“ und bemerkenswerterweise die „Entgiftung und Bindung von Industrie- und Kraftfahrzeugabgasen“. Verknüpft war der braune Umweltschutz immer mit völkischem Denken: „Ohne eine ökologisch verantwortbare Politik ist jedes Volk in seinem Bestand bedroht“, so die NPD. Über viele Jahre gaben NPD-Mitglieder das durchaus erfolgreiche Magazin Umwelt & aktiv heraus, 2019 wurde es eingestellt.

KLIMARASSISMUS

Gelesen wurde es offenbar auch von den Neonazis der Partei Der III. Weg. In einem 2021 auf der Webseite der Organisation veröffentlichten „Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik“ lobt man das NPD-nahe Magazin als „positive Ausnahme“ in der rechtsextremen Szene, während insbesondere die Klimapolitik der AfD scharf kritisiert wird. In der Ablehnung der Energiewende durch „Rechtspopulisten“ sehen die Neonazis eine Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Eine „nationalrevolutionäre Politik“ müsse dagegen auch den Energiesektor umgestalten, damit Deutschland unabhängig von Importen werde.
Im Mai 2022 gründete Der III. Weg eine Arbeitsgruppe „Erde & Zukunft“,

die seitdem in einem Telegram-Kanal regelmäßig Dossiers zu Themen wie „Soja-Anbau“, „Pelze“, „Plastik“ oder „Verbrennungsmotoren“ veröffentlicht. Die Posts sind durchaus faktenreich und in Sachfragen kommen die Neonazis häufig zu ähnlichen Schlüssen wie die Klimaschutzbewegung. In der für den internen Gebrauch der Neonazis bestimmten Publikation Theorie & Praxis wird jedoch der Unterschied deutlich: Die Klimaschutzbewegung agiere international und sei von „humanistischer und antirassistischer Ideologie“ geprägt, so die anonymen Autor*innen. Der Nationalismus dagegen sei eine „heimatbezogene Weltanschauung“, aus der folge, dass gegen die „Bevölkerungsexplosion“ in Afrika und Asien vorgegangen werden müsse, selbst wenn man dafür als „Ökorassist“ angegriffen werde.

Unabhängig davon, ob extreme Rechte die Klimakrise leugnen oder bekämpfen wollen: Der antiökologischen Propaganda von AfD & Co und dem ökofaschistischen Denken von Der III. Weg ist gemein, dass es ihnen stets um den Vorrang für Deutsche geht. Deutsche sollen mehr CO_2 verbrauchen dürfen als andere. Insbesondere Geflüchtete und Menschen aus den verarmten Ländern des globalen Südens, die den Klimawandel nicht verursacht haben, sollen seine ökologischen und wirtschaftlichen Folgen tragen, wenn es nach dem Willen der extremen Rechten geht. „Klimarassismus“ nennen die Soziologen Matthias Quent, Christoph Richter und Axel Salheiser diese Haltung.

DIE TIERE FLIEHEN SCHON

Dass mit der Klimakrise die Lebensräume von Tieren und Pflanzen schwinden, ist inzwischen weithin bekannt. Allerdings denken wohl viele dabei vor allem an Eisbären, die zum Symboltier der Klimakrise geworden sind, und weniger an Igel, die wegen der Temperaturen zu früh aus dem Winterschlaf erwachen und dann verhungern. Die Krise ist längst bei uns angekommen, und die Tiere spüren es. Um 17 Kilometer verlagern sie jedes Jahr ihren Lebensraum nach Norden. Sie versuchen, der zunehmenden Hitze zu entkommen, weil sie sich an die Geschwindigkeit der Klimaveränderung nicht anpassen können. Das Bundesamt für Naturschutz schätzt, dass von den etwas über 500 geschützten Tierarten in Deutschland drei Viertel eine „mittlere“ Chance haben, die Klimakrise zu überleben, für zwölf Prozent wird das Risiko einer Ausrottung als sehr hoch eingeschätzt. Für die Pflanzenvielfalt sieht es noch düsterer aus. Am schlimmsten wird es dem Bundesamt zufolge leider in Brandenburg: Die Hälfte der Pflanzen, die wir heute antreffen, wird in den nächsten Jahrzehnten für immer aus der Mark verschwinden.

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE
DIE NEUE LAUSITZ

In zwei Kraftwerksblöcken in Jänschwalde, die 2018 bzw. 2019 stillgelegt wurden, wird seit Oktober 2022 wieder Braunkohle verbrannt – als Vorsichtsmaßnahme wegen der drohenden Energiekrise. Gleichzeitig wurde, nur wenige Kilometer entfernt, der leistungsstärkste Solarpark Deutschlands auf einer Abraumhalde bei Schipkau angeschlossen – Vergangenheit und Zukunft dicht nebeneinander. Die Vergangenheit: Jänschwalde ist laut einer Studie der Universität Stuttgart das mit Abstand klima- und gesundheitsschädlichste Kraftwerk Deutschlands. Jedes Jahr, das es in Betrieb ist, verursacht es durch

Schadstoffe statistisch gesehen 373 Tote. Und es ist für unglaubliche drei Prozent des gesamten Treibhausgasausstoßes Deutschlands verantwortlich. Ginge es nach der AfD, würde das für immer („Braunkohle reicht für 1.000 Jahre“) so weitergehen. Aber die Zukunft beginnt zum Glück schon: Überall auf den Tagebauen, Abraumhalden und Restlöchern werden Produktionsstätten für Strom aus Wind- oder Solarenergie geplant und gebaut. Die Lausitz erfindet sich neu, und zwar als saubere Energieregion.

„DEMOKRATISCHE UND SOLIDARISCHE WERTE HOCHHALTEN“

Interview mit Lukas Nicolaisen

Lukas Nicolaisen leitet die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (abgekürzt: FARN). Die von den NaturFreunden und der Naturfreundejugend 2017 eingerichtete Fachstelle untersucht Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen und erarbeitet demokratische Gegenentwürfe. FARN bietet zahlreiche Publikationen auf seiner Webseite an und steht für alle im Natur- und Umweltschutz als Beratungseinrichtung für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen zur Verfügung. Im Interview spricht Lukas Nicolaisen über die Haltungen Rechtsextremer zum Naturschutz und über die Herausforderungen durch die Klimakrise.

Welchen Stellenwert nimmt das Thema Klimakrise in Ihrer Arbeit ein?

Viele Organisationen, denen wir unsere Beratungen und Bildungsarbeit anbieten, sind konfrontiert mit Klimawandelleugnung und Klimanationalismus und kommen deswegen auf unsere Expertisen zurück. Wir nehmen wahr, dass es eine stärkere Nachfrage nach Beratung zu diesen Themen gibt. Daher nimmt die Verknüpfung von Naturschutz und Rechts-

extremismus im Zusammenhang mit dem Klimawandel relativ viel Raum in unserer Arbeit ein.

Das heißt, das Thema Klimawandel gewinnt momentan in der extremen Rechten an Relevanz?

Ja, und zwar in ähnlichem Maße, wie es auch gesamtgesellschaftlich der Fall ist. Diese gesteigerte Aufmerksamkeit geht nicht zuletzt auf das Wachsen einer jungen ökologischen Bewegung wie Fridays for Future zurück. Unter anderem wegen der Präsenz in den Medien und in der Öffentlichkeit greifen Rechtsextreme diesen Themenkomplex verstärkt auf.

Was macht das Thema Klimakrise denn für die extreme Rechte interessant?

Rechtsextreme versuchen über gesamtgesellschaftlich relevante Themen, Anschluss an die sogenannte bürgerliche Mitte zu bekommen. Das scheint aus einer strategischen Sicht tatsächlich das Hauptargument zu sein. Abseits von der rein strategischen Perspektive ist es aber schon so, dass extrem Rechte sich selbst auch als Natur- und Umweltschützer*innen verstehen. Den Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz" gibt es schon sehr lange, und er ermöglicht attraktive Anknüp fungspunkte.

Woran erkenne ich konkret rechtsextreme Positionen bei Diskussionen um den Klimawandel?

Allein an der Tatsache, dass jemand den menschengemachten Klimawandel leugnet, sind rechtsextreme Einstellungen noch nicht unbedingt feststellbar. Erst im Gespräch stellt sich dann heraus, ob bei einer Person noch weitere Aspekte rechtsextremer Ideologie vorhanden sind. Ein Beispiel: Oft wird von Bürgerinitiativen in Bezug auf Windkraftanlagen angeführt, dass die „Verspargelung der Landschaften" ein ästhetischer Eingriff in die Landschaft sei. Diese Verknüpfung mit Heimatschutz und Heimatliebe spielt zwar auch bei der extremen Rechten eine Rolle, aber trotzdem kann man nicht sagen, dass jede Person, die sich ästhetisch an Windkraftanlagen stört,

automatisch einer extrem rechten Gruppierung oder Partei zuzuordnen ist. Es ist also leider nicht so einfach, und man muss tiefer einsteigen und schauen: Was für andere weltanschauliche Aspekte werden von der Person vertreten?

Wie positionieren sich die unterschiedlichen rechten Akteure zum Klimawandel?

Klassische Neonazi-Gruppen und Parteien leugnen den Klimawandel eher nicht und stehen erneuerbaren Energien nicht ablehnend gegenüber. Die rechtsextreme Partei Der III. Weg beispielsweise bezieht sich positiv auf erneuerbare Energien. Sie ist auch für den Atomausstieg und für den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ähnlich verhält es sich mit der NPD. Da geht es vor allem darum, keinen Heimatboden abzugraben. Hinzu kommt das Autarkie-Argument: Man möchte möglichst wirtschaftlich unabhängig sein von anderen Staaten und verhindern, dass man Gas oder Öl oder Atomstrom aus dem Ausland zukaufen muss.

Was macht ein völkisches Ökologieverständnis aus?

Also im Grunde ist die Idee des Umwelt- oder Heimatschutzes erweiterbar in Richtung Volksschutz. Die Umwelt wird wahrgenommen als notwendige Basis, um die Substanz des Volkes zu erhalten. Darin steckt der Glaube daran, dass Volk und Raum miteinander verknüpft sind und das eine Schaden nimmt, wenn das andere beschädigt wird. Das sind Ideologieelemente aus dem Nationalsozialismus, die sich im Grunde in der alten Rechten nicht verändert haben – also letztlich das, was man als Blut-und-Boden-Ideologie kennt.

Und abseits der klassischen Neonazis? Was sind da die Positionen zum Thema Klimawandel?

Nehmen wir die rechtspopulistische und in großen Teilen rechtsextreme Partei AfD, deren Interesse auch in ihrem Parteiprogramm stärker am wirtschaftlichen Wachstum ausgerichtet ist. Hier sehen wir größtenteils eine Ablehnung von erneuerbaren Energien und eine Verknüpfung mit Klima-

wandelleugnung. Allerdings ist auch hier eine Entwicklung zu beobachten. Als die AfD 2013 entstanden ist, gab es diese klare Positionierung gegen erneuerbare Energien noch nicht. Es gab zwar eine Beschäftigung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, aber damals wurde es nur als ein unsoziales Gesetz betrachtet, an das man ran müsse. Es gab also eine Entwicklung: von der Ablehnung erneuerbarer Energien hin zu einer Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Mittlerweile gibt es vor allem vonseiten der Jungen Alternative Stimmen in Richtung Mutterpartei, die sagen, dass sich diese Position der Klimawandelleugnung eigentlich nicht aufrechterhalten lasse und dass die AfD ihre Position revidieren müsse. Aus meiner Sicht ist allerdings noch nicht ausgemacht, wohin es in den nächsten Jahren bei der AfD in Bezug auf dieses Thema geht.

Und bei der Neuen Rechten, die gar nicht so sehr parteipolitisch organisiert ist, findet man eher die Position: Ja, es gibt den menschengemachten Klimawandel und es gibt zu viele Menschen im globalen Süden. Da kommt eine Politik der Bevölkerungskontrolle dazu, die sehr rassistisch ist und geschlossene Grenzen fordert. Mit dem Argument, dass Menschen im globalen Norden einen höheren CO2-Fußabdruck haben, heißt es im rechten Umkehrschluss, man müsse verhindern, dass mehr Menschen in den globalen Norden kommen. Das sind nur die groben Linien, ich halte es für absolut wahrscheinlich, dass es da zeitnah auch noch mal andere Entwicklungen geben wird.

Sehen Sie hier auch Verknüpfungen mit anderen Themen?

Wie gesagt, die rassistische Ideologie steht schon sehr stark im Vordergrund. Es gibt zum Beispiel von dem neurechten Magazin Recherche D sieben Thesen, was die größten Probleme im Bereich des Umweltschutzes sind. Darin heißt es: Die Mutter aller Umweltprobleme sei die Überbevölkerung. Und die Überbevölkerung findet darin natürlich nicht im globalen Norden statt, sondern im globalen Süden. Auch findet man sozialdarwinistische Ansätze. Während eine progressive Umwelt- und Naturschutzpolitik marginalisierte Gruppen in den aufkommenden Krisen mitdenkt und besonders schützens-

wert findet, finden wir in der Haltung der extremen Rechten die klassische Vorstellung des „Survival of the Fittest“. Das hat auch in der Corona-Pandemie ziemlich viel Zustimmung gefunden, und wir haben gesehen, dass diese sozialdarwinistische Ideologie erschreckend häufig in der sogenannten Mitte vertreten ist. Hinzu kommen antisemitische Positionen, also die Vorstellung, dass alles irgendwie manipuliert sei und die ganze junge Ökologiebewegung nur aus Marionetten bestehe, die gesteuert und fremdbestimmt seien.

Ein großes Problem, wenn man mit Klimawandelleugnung konfrontiert ist, sind Fake News. Viele von uns haben gerade auch beim Thema Klimawandel nicht immer alle relevanten Fakten und Zahlen parat. Haben Sie Tipps, wie man trotzdem in Diskussionen im Alltag gerade auch auf verschwörungsideologische Positionen reagieren kann?

Es kommt zunächst darauf an, ob ich mit jemanden allein im Gespräch bin oder ob andere Menschen dabei sind. Wenn ich mit jemanden allein bin und spüre, dass es da eine feste Meinung gibt, die nicht verhandelbar ist, würde ich mir die Energie sparen, mit der Person darüber zu diskutieren. Interessant wird es dann, wenn andere Menschen dabei sind. Ich finde, das Mindeste, was man tun kann, wenn man nicht konkrete Zahlen zur Verfügung hat, ist der bloße Widerspruch. Das finde ich fast wichtiger, als sich gegenseitig mit Zahlen zu bewerfen. Das bringt vermutlich eher wenig, denn häufig haben diese klimawandelleugnenden Personen eine gefestigte Meinung und präsentieren irgendwelche Zahlen beispielsweise vom Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE). Das heißt, da wird wahrscheinlich keine Bewegung stattfinden. Der Auftrag für mich kann an der Stelle daher eigentlich nur sein, Position zu beziehen. Wenn dann Komponenten dazukommen wie „Überbevölkerung ist das Problem“, ist es oft sinnvoller, Nachfragen zu stellen. „Du sagst, es gibt Menschen, die zu viel sind – wo sind die denn zu viel und was für Konsequenzen sollte das deiner Meinung nach haben?“ Es geht also weniger darum, Recht zu haben in dem Sinne: „Ich beweise, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt.“ Sondern es

geht eher um die Entlarvung von Ideologien und darum, eine eigene Position zu beziehen: „Ich denke da demokratisch und solidarisch. Und du offenbar nicht, und da kommen wir nicht zusammen.“

Worin sehen Sie die größte Herausforderung in diesem Themengebiet in den nächsten Jahren?

Zunächst ist die Klimakatastrophe an sich schon eine ziemlich große Herausforderung für uns alle. Entscheidend wird darin sein, nicht diese Haltung „ich zuerst“ zu übernehmen, wie sie in der extremen Rechten vertreten wird, und stattdessen demokratisch und solidarisch zu bleiben. Damit werden wir wahrscheinlich schon genug zu tun haben.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): www.nf-farn.de

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE

KLARE MEHRHEIT FÜR TEMPOLIMIT

„Wir könnten jedes Jahr Leben retten, vor allem das junger Menschen. Und wir würden etwas für den Klimaschutz tun. Mit einem Tempolimit von 130 km/h würden wir laut Umweltbundesamt die im Bundesklimaschutzgesetz für den Verkehr festgelegten Ziele „ohne nennenswerte Mehrkosten" kurzfristig erreichen. Alle Industrieländer haben ein Tempolimit, außer Deutschland. Und dass wir auch eines brauchen, wissen wir in Brandenburg eigentlich seit Langem: 2001 starben noch elf Menschen auf der A24, bevor 2002 Tempo 130 eingeführt wurde. Danach sank die Zahl schwerer Unfälle um die Hälfte. Die

Fakten sprechen also eine klare Sprache, und die Mehrheit in Deutschland folgt ihnen: 57 Prozent sind für die Höchstgeschwindigkeit und seit 2022 ist sogar die Mehrheit des Autolobbyverbands ADAC dafür. Bei den Parteien sind Grüne, Linke und SPD für ein Tempolimit, während FDP und AfD ein solches strikt ablehnen und die CDU eher dagegen ist. Dadurch gibt es, obwohl die wirkliche Mehrheit es will, noch keine parlamentarische Mehrheit, die das Tempolimit Wirklichkeit werden lässt.

DER KLIMA-POPULISMUS DER AFD

Die einzige in Parlamenten vertretene Partei, die den Klimawandel leugnet, ist die AfD. Dass der Kampf gegen die Energiewende geradezu zum Markenzeichen der Partei geworden ist, ist rückblickend keineswegs selbstverständlich. 2013 als „Anti-Euro-Partei" gegründet, prägte 2015 mit der Flucht vieler Menschen aus dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa bereits die Agitation gegen Geflüchtete das Auftreten der AfD. Ein Jahr darauf meinten AfD-Politiker*innen, „Asyl und Euro" seien als Themen „verbraucht". Die Parteiführung erklärte Islamfeindlichkeit zum neuen Schwerpunkt. Stundenlang diskutierten deshalb rund 2.000 Parteimitglieder beim Programmparteitag am letzten Aprilwochenende 2016 in Stuttgart über Minarette und das Schächten, bevor sie am Sonntag schließlich über das 95-seitige Grundsatzprogramm Kapitel für Kapitel abstimmten. Weit hinten fanden sich sechs Absätze, in denen die Berichte des Weltklimarats IPCC für grundfalsch erklärt wurden. Eine große Debatte ging der Abstimmung über Kapitel 12 nicht voraus. Bis dahin hatte das Thema kaum jemanden interessiert, die Positionen dazu waren wenig aufsehenerregend. In ihrem ersten Wahlprogramm hatte die AfD 2013 noch Steuersubventionen für Windkraft- und Solaranlagen verlangt.

Einen großen Einfluss auf die Formulierung der neuen Klimapolitik hatte laut dem ehemaligen Bundessprecher der AfD, Konrad Adam, das Europäische Institut für Klima und Energie, kurz EIKE. Der Parteitag, erinnert sich Adam, sei mit der „vertrackten Materie überfordert" gewesen und von den „Pseudo-Experten über den Tisch gezogen" worden. EIKE ist ein 2007 gegründeter, in Jena ansässiger Verein. Der Name legt nahe, EIKE sei eine wissenschaftliche Einrichtung, das ist aber mitnichten der Fall. Im Gegenteil handelt es sich um eine wissenschaftsfeindliche Lobbyorganisation. Das Jenaer Finanzamt entzog EIKE im Februar 2022 die Gemeinnützigkeit, weil der Verein nicht

die Wissenschaft fördere, obwohl er dies als Satzungszweck angibt.

Mehrere der führenden Lobbyisten des Vereins sind Parteimitglieder der AfD, einige davon sind im brandenburgischen Landesverband aktiv. So sprach der stellvertretende EIKE-Vorsitzende Michael Limburg 2018 auf Einladung der Potsdamer AfD-Fraktion als „Experte“ im Landtag. Seine Qualifikation? Limburg, Elektroingenieur, entwickelte früher TV-Geräte. Als Rentner verfasste er dann vermeintliche Sachbücher mit Titeln wie „Die Klimahysterie – was ist dran?“.

ALLEINSTELLUNGSMERKMAL KLIMAPOLITIK

In den Europawahlkampf im Mai 2019 zog die AfD mit dem Slogan „Diesel retten!“, doch am Wahlabend herrschte Katerstimmung: Sie kam nur auf elf Prozent statt der erhofften 15 oder gar 20 Prozent. Und ein Drittel der Wähler*innen unter 30 Jahren hatte die Grünen gewählt, aber nur eine*r von 20 die AfD. Es gab keine Demonstrationen gegen Diesel-Fahrverbote, aber es war das Jahr, in dem Schüler*innen freitags vor Rathäusern energisch mehr Klimaschutz verlangten. Einzelne AfD-Politiker*innen forderten nach dem Wahldebakel eine Kurskorrektur, die Parteiführung um Alexander Gauland aber zeigte sich ratlos. „Wir müssen abwarten, bis sich der Klima-Hype gelegt hat“, riet der damalige Vorsitzende. Dass sich das Thema nicht erledigen würde, dämmerte Gauland wohl spätestens am 20. September desselben Jahres: 1,4 Millionen Menschen folgten allein in Deutschland dem Aufruf von Fridays for Future zu Klimastreik-Demonstrationen.

Dann drehte der AfD-Chef den Spieß um. Er erklärte den Kampf gegen die

Energiewende zum neuen Mobilisierungsthema: „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD.“ Gleichzeitig rückte Gauland rhetorisch vom schrillen Ton der EIKE-Vertreter*innen ab: Selbst wenn es den Klimawandel gäbe, könne Deutschland an den weltweiten CO2-Emissionen nichts ändern, so der Parteichef. Wichtig war für ihn vor allem, dass die AfD mit der Ablehnung des Klimaschutzes ein kampagnenfähiges „Alleinstellungsmerkmal“ in der Hand habe.

KAMPAGNE GEGEN KLIMASCHUTZ

Im Herbst 2019 setzte dann eine regelrechte Kampagne ein, für die die Partei eine Erzählung mit mehreren Bausteinen entwickelte. Ein Element ist die stete Wiederholung der Behauptung, der Klimaschutz sei ein irrationales, ideologisch motiviertes Projekt. Ein Beispiel dafür ist die Aussage der damaligen Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, die Bundesregierung verschwende „Abermilliarden, um imaginierte Weltuntergänge in ferner Zukunft abzuwenden“. Die Behauptung eines unvernünftigen Verhaltens wird meist mit der Unterstellung verbunden, die Energiewende habe verheerende wirtschaftliche Folgen für die arbeitende Bevölkerung. Wieder in den Worten von Alice Weidel: Klimaschutz sei eine „grün-sozialistische Ideologie“, die zu „Arbeitsplatzvernichtung“ führe.

Ein drittes Element ist die Beschwörung von kulturellen und politischen Feindbildern. An erster Stelle steht eine „großstädtische Elite“, die den Menschen mit „grünem Zeigefinger“ Vorschriften mache. Dem gegenübergestellt werden stets als eine Art Identifikationsangebot die „einfachen Leute“, „Millionen Bür-

ger“ oder die „normalen Berufspendler“. Ein weiteres Feindbild sind Berufspolitiker*innen. Die AfD behauptet, es gebe eine abgehobene Politikerkaste, die sich demokratischer Kontrolle entziehe. Alice Weidel nannte sie „E-Auto-Planungsbürokraten in Brüssel und Berlin“.

Die Bilder sind immer drastisch, der Ton ist oftmals roh, mitunter auch beleidigend. Vor allem Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen werden in sozialen Medien angefeindet. Auffällig ist, dass Wortführerinnen der Klimaschutzbewegung wie Greta Thunberg, Luisa Neubauer oder Carla Reemtsma persönlich attackiert werden. Dabei wird deutlich, dass vielfach Männer auf die wortgewandten jungen Frauen mit einem überaus aggressiven sexistischen Gebaren reagieren. So etwa in einer 2019 von einem Automechaniker gegründeten Facebook-Gruppe mit dem albernen Titel Fridays for Hubraum. Sie wuchs innerhalb weniger Tage auf über eine halbe Million Mitglieder an, unter ihnen zahlreiche prominente Pegida- und AfD-Mitglieder. Es wurden dort so viele sexistische Memes und unverhohlene Gewalt- und Morddrohungen gepostet, dass der Betreiber sich gezwungen sah, die Gruppe zu schließen.

Die AfD hat mit dem neuen Kurs Erfolg. Eine Analyse des Social-Media-Wahlkampfs 2021 zeigt, dass klimapolitische Posts der AfD eine höhere Reichweite als die anderer Parteien hatten. Außerdem wurden die Posts häufiger gelesen und geteilt als die Beiträge der AfD zu anderen Fragen. Für 43 Prozent der Wähler*innen war die Klimapolitik das ausschlaggebende Wahlthema.

DAS GESTERN ALS IDEAL

Die populistische Agitation gegen die Energiewende hat die Angriffe der Leugner*innen auf die Klimawissenschaften abgelöst, im Bundestagswahlprogramm 2021 tauchten die pseudowissenschaftlichen Attacken gegen den Weltklimarat nicht mehr auf. Doch das ist eher eine kommunikative Akzentverschiebung. Für einen menschengemachten Klimawandel sieht die Partei nach wie vor keinen Nachweis.

Der Populismus ist das Betriebssystem der AfD, die wechselnden Themen sind wie Apps – und das Thema Klima könnte nach Euro, Migration und Islam die erfolgreichste Anwendung werden. Programmatisch setzt sich die Partei dafür ein, dass alles wieder so wird, wie es früher angeblich einmal war. Kohlekraftwerke sollen in Betrieb bleiben, neue Gas- und Atomkraftwerke sollen gebaut und noch mehr Gas aus Russland soll über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 importiert werden.

Beim Klima-Populismus geht es um weit mehr als um Fragen des Klimaschutzes. Vielmehr überhöht die extreme Rechte die Auseinandersetzung um die Energiepolitik zu einem Kulturkampf. Mit billigen Klischees von „fahrradfahrenden Vegetariern“ und Kampfbegriffen wie „Gutmenschen“ heizt die extreme

Rechte einen Großkonflikt zwischen Lebensstilen an: Blutige Nackensteaks, röhrende Motoren und „richtige Männer“ gelten dabei als Ausweis einer Freiheit, die gegen eine angeblich drohende „Öko-Diktatur“ und „Gender-Gaga“ verteidigt wird. So kann die Partei antigrüne Ressentiments und frauenverachtende Wut mobilisieren und in politische Zustimmung ummünzen. Sie setzt sich als Sachwalterin einer idealisierten Vergangenheit in Szene, die gegen Feminismus, Multikulturalismus und alles andere zu Felde zieht, was ihrer Kernklientel an der modernen Gesellschaft zuwider ist.

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE

WENN ALLE VON DER WINDKRAFT PROFITIEREN

Windkraftanlagen sollen schon bald einen Großteil unseres Energiebedarfs decken. 2,2 Prozent der Fläche Brandenburgs werden dafür benötigt. Wer eine geeignete Fläche sein Eigen nennt, kann viel Geld verdienen. Wenn aber nur die etwas davon haben, die ihre Grundstücke verpachten, sind Konflikte unter Nachbar*innen vorprogrammiert. Was aber, wenn alle profitieren würden? In Brandenburg erhält jede Kommune für ein Windrad jedes Jahr 10.000 Euro, die frei verwendet werden können. Dazu kommt, dass die Anlagenbetreiber*innen den Kommunen je nach erzeugter Leistung bis zu 20.000 Euro jährlich pro Windrad anbieten können. Das Bundeswirtschaftsministerium hat im Frühjahr 2022 angekündigt, diese Regelung auszudehnen und verpflichtend zu machen.

Das alles ist gut, aber: Wie Windkraft sogar Lebensqualität und Gemeinsinn stiften kann, das zeigt Schlalach bei Treuenbrietzen. Der kleine Ort versorgt mit seinen 22 Windrädern 80.000 Menschen mit Ökostrom. Und davon profitieren alle 320 Einwohner*innen. Die Flächeneigentümer*innen haben sich zusammengetan und aus den Erträgen der Windkraft eine Bürgerstiftung gegründet, die in Schlalach jedes Jahr mit 50.000 Euro ein gutes Dorfleben ermöglicht: Der Fußball- und der Tischtennisverein werden finanziert, die Freiwillige Feuerwehr hat einen neuen Schulungsraum, die Kinder des Dorfes freuen sich über den neuen Spielplatz.

„VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER KLIMAKRISE MITDENKEN“

Interview mit Pia Lamberty

Im Zuge der Corona-Pandemie hatten Verschwörungsideologien Hochkonjunktur. Dies zeigte sich unter anderem immer wieder bei Straßenmobilisierungen. Bei den Protesten in Reaktion auf die Energiekrise sehen wir zum Teil die selben Menschen mit ähnlichen politischen Forderungen. Beim Thema Klimawandel finden sich gerade in sozialen Medien verschiedene Verschwörungsmythen und, ähnlich wie in der Corona-Krise, eine ausgeprägte Wissenschaftsfeindlichkeit. Im Interview spricht Pia Lamberty darüber, welche Ähnlichkeiten es zwischen diesen Phänomenen gibt und welche Relevanz sie Klimawandellegenden beimisst. Sie ist Geschäftsführerin des gemeinnützigen Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) in Berlin.

Sie beschäftigen sich intensiv mit dem Thema Verschwörungserzählungen. Wenn wir nun diejenigen betrachten, die den menschengemachten Klimawandel leugnen: Sehen Sie da Parallelen zu anderen „gängigen“ Verschwörungserzählungen?

Verschwörungserzählungen sind auch deshalb so „erfolgreich“ in ihrer Verbreitung, weil sie zum einen die immer gleichen

Muster bedienen und gleichzeitig auf alle gesellschaftlichen Ereignisse angewendet werden können. Insofern sehe ich auch beim Thema Klimawandel ähnliche Narrative auf uns zukommen wie in der Corona-Pandemie.

Sind es nur ähnliche Narrative oder haben sie auch die gleiche Funktion? Verschwörungserzählungen sollen ja oft einfache Erklärungen für komplexe Phänomene liefern, das schwer Erklärbare erklärbar machen, Halt bieten in verwirrenden Situationen, die uns Angst machen. Sehen Sie das auch bei der Klimawandelleugnung?

Prinzipiell würde ich schon sagen, dass Verschwörungserzählungen unabhängig vom Thema gewisse psychologische Bedürfnisse befriedigen. Man darf allerdings nicht vergessen: Die Klimakrise mobilisiert ja bereits länger Akteure, die – teils leider sehr professionell – Desinformation und Verschwörungserzählungen verbreiten. Da haben sich Netzwerke gebildet, die gezielt agieren. In der Pandemie trat das Thema Klimakrise dann aber für einige Akteure in den Hintergrund. Gerade aber als es zur Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen kam, konnte man sehen, dass Naturkatastrophen für eine verschwörungsideologische Mobilisierung instrumentalisiert werden. Auch das ist nicht neu: Bereits 2013 versuchten Neonazis, sich als angeblich volksnahe Fluthelfer beim Oderhochwasser zu inszenieren.

Lassen sich bei der Klimawandelleugnung verschiedene Grunderzählungen ausmachen, die in verschiedenen Varianten immer wieder auftauchen? Welche wären da besonders prägnant?

Es gibt natürlich die, die den menschengemachten Klimawandel gänzlich leugnen. Daneben gibt es eine Gruppe, die den Klimawandel als Verschwörung umdeutet – beispielsweise als Folge von angeblichen Wettermanipulationen. Ich denke aber, dass es ähnlich wie bei Corona zu einer Mischform kommen wird. Die Klimakrise wird in ihren Gefahren heruntergespielt, Wissenschaftler*innen werden als politisch-ideologisch

motiviert dargestellt und die Mobilisierung wird sich gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise richten, weil das die größten Erfolge verspricht. Daneben befürchte ich aber auch, dass Rechtsextreme Naturschutz als Agitationsform noch einmal mehr für sich nutzen werden. Das erfolgt dann oft in einer antisemitischen, antifeministischen und rassistischen Besetzung des Themas. Ich halte es auch gerade langfristig für wichtig, sich mit diesen Gefahren auseinanderzusetzen. Das Thema Flucht und Migration wird auch im Kontext der Klimakrise eine größere Rolle spielen, wenn Teile der Erde unbewohnbar werden. Hier brauchen Gesellschaften neue Ansätze, wenn sie nicht wollen, dass das Thema von Rechtsextremen und Rassist*innen besetzt werden wird.

Wenn wir es auf der Einstellungsebene betrachten: Gibt es politische Gemeinsamkeiten zwischen jenen, die gegen eine vermeintliche „Öko-Diktatur" wettern, und jenen, die gegen Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße gehen?

Ich gehe zumindest davon aus, dass es hier eine große Schnittmenge gibt. Die Corona-Pandemie wurde von Verschwörungsideolog*innen als „Übungsfeld" der Mächtigen dargestellt, die sich so nur auf die Klimakrise vorbereiten würden. Gleichzeitig können so gegebenenfalls auch noch einmal andere Personen angesprochen werden, die weiterhin SUV fahren wollen oder nicht auf ihren gegenwärtigen Konsum verzichten möchten. Gerade deswegen finde ich es so wichtig, dass Thema Desinformation und Verschwörungserzählungen immer auch als eine Säule bei der Bekämpfung der Klimakrise mitzudenken.

In der großen Bandbreite verschiedener Verschwörungserzählungen: Welchen Stellenwert würden Sie Klimawandellegenden einräumen und welche Rolle wird dieses Thema in Zukunft spielen?

Aktuell sind die Zahlen in Bezug auf Einstellungen in Deutschland relativ erfreulich. Nur ein kleiner Teil der Gesellschaft leugnet den menschengemachten Klimawandel. Allerdings

kann so etwas auch umschlagen. Populistische und rechtsextreme Mobilisierungen können leider Effekte erzielen. Man hat das auch bei den Themen Impfungen und Gesichtsmaske bereits gesehen. Je zentraler die Klimakrise im gesellschaftlichen Diskurs wird, je drängender die Probleme, desto stärker wird das Ganze auch im verschwörungsideologischen Milieu aufgegriffen. Zu glauben, dass das Problem mit der Pandemie endet, halte ich also für verkehrt.

Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS): cemas.io

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE

WO DER STROM NUR ZWÖLF CENT KOSTET

In 140 Metern Höhe, für brandenburgische Verhältnisse quasi Hochgebirge, pfeift der Wind über den Hohen Fläming. Noch einmal 100 Meter höher drehen sich die Windräder des kleinsten Stadtwerks Deutschlands, eigentlich müsste es „Dorfwerk" heißen. Die Feldheim Energie GmbH & Co KG hat mit den Anlagen Geschichte geschrieben. Denn das Straßendorf, ein Ortsteil von Treuenbrietzen, versorgt sich selbst. 2010 wurde Feldheim das erste „energieautarke" Dorf Deutschlands – und die Bewohner*innen zeigen gern, was sie geleistet haben. Delegationen aus Nordkorea und Kanada wollen wissen, wie die Energiewende geht, die einer Gemeinde ein gutes Leben ermöglicht und die Menschen stolz macht. Auf einem Vierseithof in der Ortsmitte suchen sie Antworten. Um die 3.000 Besucher*innen kommen jedes Jahr ins Feldheimer „Energieforum". Und über 170 „Bioenergiedörfer" deutschlandweit folgen schon dem Beispiel aus dem Fläming, Tendenz steigend. Das Besondere: Die Wind-

kraftanlagen, die Solar- und die Biogasanlage, sie gehören den 130 Dorfbewohner*innen selbst. Jeder Haushalt – bis auf zwei, die nicht mitmachen wollen – hat eine Einlage von je 1.500 Euro für den Strom und für die Wärme bezahlt. Es lohnt sich: Im Juli 2022 kostete der Strom in Feldheim zwölf, die Wärme 7,5 Cent. Zum Vergleich: Berliner*innen leiden unter dem Kostendruck konventioneller Energie, 36 Cent pro Kilowattstunde wurden im Sommer 2022 in der Hauptstadt fällig. Das örtliche Wasserwerk hatte anfangs Bedenken, die ökologischen Energiequellen würden die Versorgung nicht gewährleisten. Heute ist es ans Feldheimer Netz angeschlossen, denn: Einen Stromausfall hat es seit Gründung des „Dorfwerks“ vor zwölf Jahren nicht gegeben. Die Versorgung ist durch mehrere hintereinander geschaltete Systeme abgesichert. Und so blieb es in Feldheim auch dann hell, als in den Nachbargemeinden einmal das Licht ausging.

IM KAMPF GEGEN DIE ENERGIEWENDE

Mit der Energiepreiskrise ist der Kampf gegen die Energiewende im Jahr 2022 endgültig zum rechten Mobilisierungsthema Nr. 1 geworden. Die Preissteigerungen waren Anlass für zahlreiche Demonstrationen, auch in Dutzenden Kommunen Brandenburgs. Allein am 3. Oktober 2022 beteiligten sich in Ostdeutschland nach Polizeiangaben über 100.000 Personen an solchen Versammlungen. Die Protestierenden kann man nicht pauschal als rechtsextrem einordnen, es waren auch Menschen dabei, die nicht Hass, sondern Existenzangst angesichts der galoppierenden Inflation auf die Straße trieb.

Die AfD konnte dennoch davon profitieren. In Umfragen erhielt sie in Ostdeutschland Ende September 2022 mehr Zustimmung als je zuvor. Als einzige der in Parlamenten vertretenen Parteien lehnt sie eine Rücksichtnahme auf Geflüchtete, ukrainische Kriegsopfer und den Klimaschutz ab. Atomkraft, Kohleverstromung und russisches Erdgas sollen billige Energie für Deutsche liefern, alles andere ist nachrangig, so das Credo.

Die programmatischen Grundlagen für den radikalen Kurs hatte die AfD drei Jahre zuvor bei einer „Umweltkonferenz“ am 14. Juli 2019 in Dresden gelegt. Auf acht Seiten wird in der dort verabschiedeten Erklärung ein Ende der Fotovoltaik und der Windenergie („vollständiger Rückbau“) verlangt, weil diese „unseren heimischen Wäldern“ und deutschen Kulturlandschaften massive Schäden zufügen würden. Konsequent bauten die Autor*innen einen Widerspruch zwischen einem „sogenannten Klimaschutz“, der zu einer „Ökodiktatur“ führe, und einem „Umweltschutz“ auf, der Landschaften bewahre, der vielmehr „Heimatschutz“ sei – eine offensichtliche Anleihe bei alten NPD-Parolen. Das ficht den umweltpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion nicht an: „Nur weil jemand anders schon mal ‚Umweltschutz ist Heimatschutz‘ gesagt hat, heißt es nicht, dass

der Slogan für immer verbrannt ist“, so Karsten Hilse.

Nationalistischer „Umweltschutz“ hat auch für die brandenburgische AfD-Fraktion einen großen Stellenwert. Unter dem Titel „Brandenburger Heimat bewahren“ gab die Landtagsfraktion im Februar 2022 ein Heft mit „umweltpolitischen Leitlinien“ heraus. Im Vorwort stellen die Autor*innen in unseliger deutscher Tradition eine Verbindung zwischen Volk und Raum her, wenn sie beklagen, mit ihrer „Weltoffenheit“ würden die demokratischen Parteien „Heimat und Tradition“ zerstören. „Das Volk“ solle, behauptet die AfD-Fraktion, durch „losgelöste Individuen“ ersetzt werden. Lange muss man nicht weiterlesen, bis der Klimaschutz als „ökologischer Bumerang“ gebrandmarkt wird, der den Naturschutz aushöhle. Solarkraft- und Windkraftanlagen seien „Umweltzerstörung“, so die AfD-Fraktion knapp. Brandenburg brauche stattdessen eine „Energiemischstrategie“, wobei die Mischung wohl darin bestehen soll, dass neben Gas, Kohle und Atomstrom ein paar Biogasanlagen, private Holzheizungen sowie – als Ausnahme in Gewerbegebieten – kleine Fotovoltaikanlagen zum Einsatz gelangen.

Bei Klimaschutzmaßnahmen geht es der AfD nicht darum, wie diese finanziert werden sollen und ob sie im Einklang mit dem Naturschutz stehen. Es geht ihr um Grundsätzliches: Klimapolitik nicht als Sachpolitik, sondern als Kampffeld. Befürworter*innen der Energiewende werden vor allem in sozialen Medien regelmäßig beschimpft und beleidigt. Da-

bei schrecken Mitglieder der Partei auch nicht vor drastischen Methoden zurück.

Im September 2022 verbreitete der offizielle AfD-Facebook-Account ein Video, in dem Ausschnitte einer Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock enthalten waren. Die AfD forderte lautstark den Rücktritt der Grünen-Politikerin, weil diese die Sanktionen gegen Russland aufgrund des Krieges gegen die Ukraine aufrechterhalten wolle, selbst wenn Deutsche wegen hoher Energierechnungen auf die Straße gingen. Nur: Das hat die Ministerin nie gesagt. Bei dem Video handelte es sich um einen manipulierten Zusammenschnitt aus dem Umfeld der russischen Regierung. Und es war nicht das erste Mal, dass sich die Partei gezielter Desinformation bediente: Im März 2019 hatten AfD-Politiker*innen auf Facebook gefälschte Fotos einer Fridays-for-Future-Demonstration in Potsdam verbreitet. Auf den Demo-Plakaten der Schüler*innen war nicht mehr „Schulstreik für das Klima“ und „It's our future“ zu lesen; nach der Fälschung hieß es „Strom und Benzin sind nicht teuer genug – Rettet die Eisbeeren“ und „Schafft die Autos ab, geht doch zu Fuss“. Unter der Montage waren die Schulkinder übel beleidigt worden.

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE

MOBILITÄT, DIE SICH ALLE LEISTEN KÖNNEN

Das 9-Euro-Monatsticket, das von Juni bis August 2022 deutschlandweit galt, kam vor allem Menschen zugute, die sonst kein Geld für Fahrten mit der Bahn und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln übrighaben. Zu den klimapolitischen Wirkungen gab es verschiedene Einschätzungen. Die Auswertung des Verbands der Verkehrsunternehmen ergab eine deutliche CO_2-Einsparung. 53 Millionen 9-Euro-Tickets wurden verkauft und 88 Prozent der Bevölkerung fanden das Angebot gut. Die AfD geißelt die Energiewende stets als „Umverteilung von unten nach oben". Da hätte man glauben können, die Partei hätte es begrüßt, wenn Armutsbetroffenen klimaneutrale Mobilität ermöglicht wird.

Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion aber lehnte das „Billigticket“ rundweg ab und forderte, es dürfte kein Steuergeld dafür geben. Dabei haben wir in Brandenburg schon lange ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie gebührenfinanzierter öffentlicher Nahverkehr geht: das Semesterticket, das alle Studierenden mit ihren Gebühren bezahlen, ob sie es nutzen oder nicht. Es kommt, so das Bundesverfassungsgericht 1999, auch allen zugute: durch die „Verbesserung der Umweltbedingungen, die Entspannung der Parkplatzsituation und die Möglichkeit, das Ticket zu Freizeitzwecken zu nutzen“.

KOHLEAUSSTIEG: „GEFÜHLTE“ MEHRHEITEN IN DER LAUSITZ

Nach nur sechs Monaten Bauzeit war es im April 2022 so weit: In Schipkau ging ein Solarpark mit 183.000 Fotovoltaik-Modulen in Betrieb. Fünf Monate später waren schon weitere 163.000 Module angeschlossen. Innerhalb einer Rekordzeit wird die größte und leistungsfähigste Solaranlage Deutschlands errichtet – auf den Abraumhalden des einstigen Braunkohletagebaus Klettwitz. Noch größer denkt die LEAG: Bis 2030 will der Stromkonzern, der heute für die Hälfte des Treibhausgasausstoßes des Landes verantwortlich ist, auf einer Fläche so groß wie 1.000 Fußballfelder Ökostrom produzieren. Auf Tagebauflächen soll in wenigen Jahren aus Wind und Sonne so viel grüner Strom entstehen wie heute aus der Braunkohle.

Über 17 Milliarden Euro hat die Bundesregierung der Lausitz im August 2020 für den Wandel in eine grüne Energieregion zur Verfügung gestellt, und seit 2022 nimmt der Wandel spürbar an Fahrt auf. Die Zustimmung zur Energiewende ist in der Lausitz zwar geringer als im Bundesdurchschnitt, aber mit 81 Prozent ist trotzdem eine große Mehrheit der Lausitzer*innen für die neuen Solarparks. Nur eine Minderheit von 18 Prozent meint, tiefgreifende Veränderungen im Revier seien nicht nötig. „Der Ausbau erneuerbarer Energien stößt auf eine breite Unterstützung in der Lausitzer Bevölkerung“, so die Bilanz der jährlichen Befragung „Lausitz-Monitor“ für das Jahr 2022.

Trotz der klaren Mehrheit sind die meisten Lausitzer*innen vom Gegenteil überzeugt. Sie denken, eine Mehrheit in der Region würde den Kohleausstieg ablehnen. Eine Studie aus dem Jahr 2021 über die Akzeptanz der Energiewende in deutschen Transformationsregionen kam zu dem Ergebnis: „Besonders groß ist die Differenz zwischen der wahrgenommenen und der selbst angegebenen Ablehnung in der Lausitz.“ Die Studie

zeigt den gleichen Effekt, nur etwas schwächer, bundesweit für Kommunen, in denen Windkraftanlagen installiert werden: Fast die Hälfte der Befragten schätzt, dass eine Mehrheit Windräder in ihrem Wohnort ablehnt, tatsächlich befürworten aber 80 Prozent die Anlagen. Ein Grund für dieses Missverständnis liegt möglicherweise darin, dass viele, die den Wandel zu grüner Energie befürworten, unzufrieden mit dessen Umsetzung sind: Der Wandel geht vielen nicht schnell genug, und etwa die Hälfte der Energiewende-Befürworter*innen beklagt, es gehe dabei sozial ungerecht zu.

Die extreme Rechte versucht immer wieder, sich als Lautsprecher solcher „gefühlten Mehrheiten" zu inszenieren. „1.000 Jahre" könne die Lausitzer Braunkohle noch gefördert werden, behauptete der damalige brandenburgische AfD-Spitzenkandidat Andreas Kalbitz im Landtagswahlkampf 2019. Mit dem Kohleausstieg würde Deutschland dagegen eine „Deindustrialisierung" ungekannten Ausmaßes drohen. Dieses Schreckensbild ruft die AfD immer wieder auf. Die Energiewende sei, so Kalbitz, „Öko-Wahn". Fakten spielen bei solchen Reden keine Rolle. Es geht darum, Stimmung zu machen und Zukunftsängste zu schüren.
Dass mit dem Klimaschutz Deutschland eine Deindustrialisierung droht, ist eine falsche Behauptung, die von extremen Rechten stetig wiederholt,

dadurch aber nicht richtiger wird. Die Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung haben in einer im September 2022 veröffentlichten Studie errechnet, dass die Milliardeninvestitionen bis 2040 für Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze im Energiesektor und Hunderte Millionen Euro Steuereinnahmen in der Lausitz sorgen werden. Aber was nicht ins rechte Bild passt, wird einfach ignoriert: „Mit dem Abgesang tausender Arbeitsplätze in der Kohleindustrie reiht sich die Lausitz neben die Autoindustrie in den deutschlandweiten Trend ein, sich als Industrienation zu verabschieden", behauptet der energiepolitische Sprecher der brandenburgischen AfD-Fraktion, Steffen Kubitzki.

Die rechte Pauschalkritik ist rabiat und lautstark, aber es ist eine Minderheitsmeinung. Der Kohleausstieg ist grundsätzlich viel weniger umstritten, als weithin gedacht wird. Die Mehrheit der Lausitzer*innen und Brandenburg*innen ist grundsätzlich für die Energiewende. Dass viele Menschen unzufrieden mit dem „Wie" sind, ist nachvollziehbar. Auch Fridays for Future, die ihren globalen Klima-Aktionstag im September 2022 unter das Motto „Menschen statt Profite" stellten, betonen, dass der Wandel „keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen" dürfe.

ZUKUNFT STATT KLIMAKRISE

STROMPREISBREMSE AUF DEM BALKON

Durch die hohe Nachfrage sind Solarpaneele so billig geworden, dass sie sich praktisch für jeden Haushalt lohnen, der einen Balkon oder einen Gartenzaun hat, auf den ab und zu die Sonne scheint. Balkonkraftwerke kosteten 2022 um die 500 Euro. Und wer die Waschmaschine anmacht, wenn die Sonne scheint, spart mit dem selbstgemachten Ökostrom bis zu 100 Euro pro Jahr. Je teurer der Stromtarif, desto mehr Ersparnis. Eine gute Idee? Das finden viele, aber nicht alle können sie in die Tat umsetzen. Wer jeden Euro umdrehen muss und des-

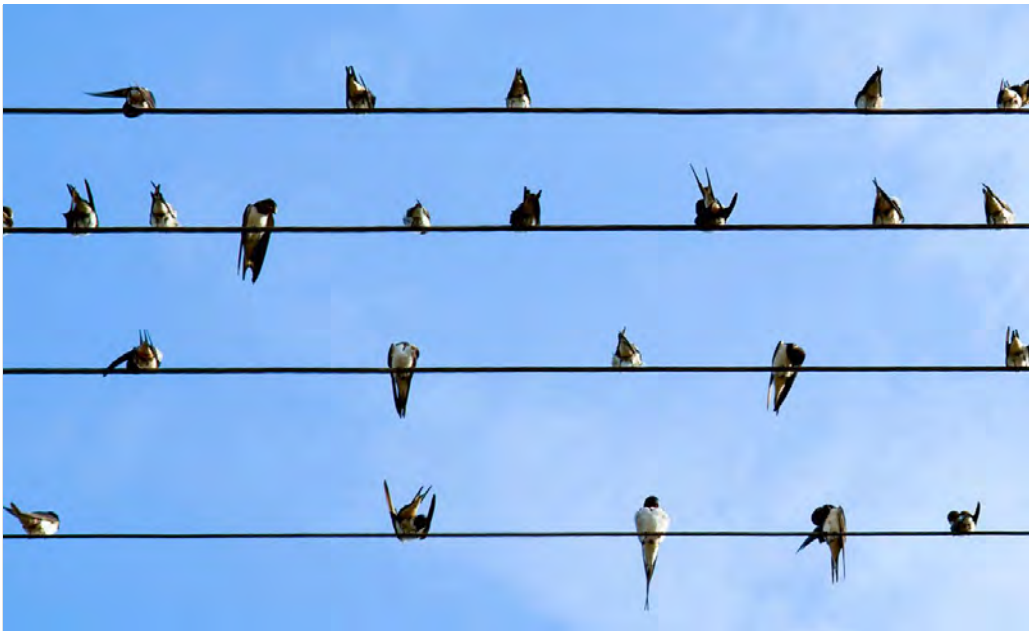
halb besonders von hohen Strompreisen betroffen ist, hat keine 500 Euro übrig. Das haben einige Dutzend Kommunen erkannt. In Düsseldorf oder Freiburg übernimmt die Stadtverwaltung einen Großteil der Kosten für die private Energiewende. Die Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben dieses Jahr Förderprogramme für Mini-Kraftwerke beschlossen. Vielleicht lässt sich die Potsdamer Landesregierung davon inspirieren?

WINDKRAFT: RECHTE MISSBRAUCHEN VOGELSCHUTZ

Brandenburg ist ein Vorreiter bei der Windenergie. Ein Windrad versorgt bis zu 3.500 Haushalte, die aktuell etwa 3.900 Windräder in Brandenburg könnten schon über 60 Prozent des Stromverbrauchs decken. Damit die Wende zu einer sauberen Energieversorgung gelingt, wird aber noch mehr Windkraft benötigt. Die Bundes- und die Landesregierung wollen den Ausbau beschleunigen und acht von zehn Bundesbürger*innen unterstützen diesen Kurs. Auch in den Gemeinden, in denen aktuell Windkraftanlagen errichtet werden, sind 78 Prozent dafür.

Das ist eine große Mehrheit, aber es sind eben nicht alle. So haben sich in Brandenburg in den vergangenen Jahren mehrere Initiativen gebildet, die sich gegen einzelne Bauvorhaben wenden, und einige, die Windkraft pauschal ablehnen. Ihre Gründe sind vielfältig: Kritik an Genehmigungsverfahren, Furcht vor Gesundheitsgefahren, Sorgen wegen des Natur- oder Tierschutzes. Angst um den Wertverlust des Eigenheims oder das veränderte Landschaftsbild sind weitere Gründe, aber sie spielen, wie eine 2018 veröffentlichte Studie zeigt, eine geringere Rolle, als weithin angenommen wird.

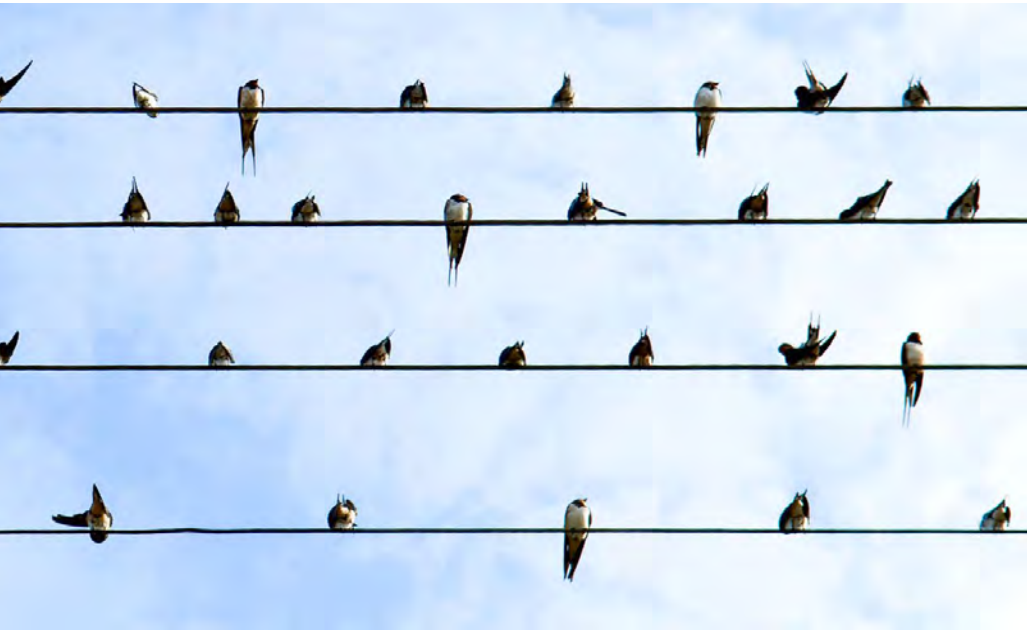
Unter Gegner*innen der Windkraft ist die Unterstützung für die AfD groß. Etwa 44 Prozent der Kritiker*innen gaben an, dass sie bei einer Bundestagswahl die Partei wählen würden. Allerdings wird in der Studie auch deutlich, dass den von den Kritiker*innen in Befragungen genannten Anliegen von der AfD kaum nachgegangen wird. Die Partei verweist häufig wohlwollend auf Bürgerinitiativen gegen Windkraft und teilt deren Social-Media-Posts, mit konkreter Kritik an Genehmigungsverfahren oder mit Forderungen nach finanzieller Teilhabe der Kommunen hält sich die AfD aber zurück. Stattdessen dienen ihr solche Wortmeldungen als Stich-



worte für eine Fundamentalkritik an der Energiewende.

Als Emblem für ihre Agitation gegen die Windkraft hat die brandenburgische AfD den Rotmilan gewählt, den sie stets als „Wappentier Brandenburgs" bezeichnet. Das wirkliche Wappentier ist auch rot, es ist aber kein Milan, sondern der märkische Adler. Im Februar 2022 behauptete die brandenburgische AfD auf Facebook, dass dem angeblichen Wappentier die „Ausrottung" drohe. Tatsächlich gehört der Rotmilan nicht zu den 26 Brutvögeln, die auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten stehen. Weiter meint die Partei in ihrem Post, dass Windkraftanlagen die größte Bedrohung für ihn seien. Die mit Abstand häufigste Todesursache bei Rotmilanen, die auf Menschen zurückzuführen ist, ist aber eine Vergiftung durch Köder und Pestizide. Das Ganze gipfelt schließlich in dem Vorwurf, durch „grüne Energiepolitik" würden immer mehr Vögel „geschreddert".

Mit dieser von Falschbehauptungen strotzenden Argumentation will die AfD bei den Leser*innen Emotionen schüren und die Grünen als gewissenlose Tierquäler*innen hinstellen. Die Dämonisierung knüpft an die Hasskampagne „Grüner Mist" an. Unter dieser Überschrift wurde während des Bundestagswahlkampfs 2021 mit aggressiven Plakaten und auf Social Media Stimmung gemacht. „Vogelschredder" war neben



„Ökoterror“ und „Klimasozialismus“ ein zentraler Propagandabegriff dieser Kampagne.

Windräder sind für Rotmilane tatsächlich gefährlich, denn anders als beispielsweise Störche weichen Greifvögel den Rotoren nicht aus. Bei den 128 zwischen 2010 und 2020 aufgefundenen Rotmilankadavern ging die staatliche Vogelschutzwarte Brandenburgs in 62 Fällen davon aus, dass die Vögel mit Windrädern kollidiert waren, wobei die Dunkelziffer solcher Todesfälle höher eingeschätzt wird. In der Mark leben allerdings 1.650 bis 1.900 Brutpaare. Der Rotmilan-Bestand ist nicht gefährdet. Naturschutzverbände, Vogelschutzwarten, das Bundesamt für Naturschutz und wissenschaftliche Einrichtungen forschen und diskutieren seit etwa 20 Jahren, wie Vogelschutz und Windkraft besser vereinbart werden können. Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse haben die Bundesländer Mindestabstände zu Brutrevieren festgelegt; zuletzt wurde der Abstand für Rotmilane auf 1.500 Meter vergrößert.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Verbissenheit und Lautstärke, in der über Windräder diskutiert wird, in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Gefahren steht. Denn es kollidieren sehr viel mehr Vögel mit Gebäuden, Zügen und Autos als mit Windrädern, ohne dass dies zu vergleichbarer öffentlicher Erregung führen würde.

TIPPS ZUM WEITERLESEN

WAS WIR HEUTE ÜBER DAS KLIMA WISSEN

Die fünf wichtigsten Informationen über den Klimawandel sind in zwanzig Worten zusammengefasst:

1. Er ist real.
2. Wir sind die Ursache.
3. Er ist gefährlich.
4. Die Fachleute sind sich einig.
5. Wir können noch etwas tun.

Wenn Sie es noch etwas genauer verstehen wollen, lesen Sie die im September 2022 erschienene, gut verständliche Zusammenfassung der „Basisfakten zum Klimawandel, die in der Wissenschaft unumstritten sind". Herausgeber*innen sind das Deutsches Klima-Konsortium, die Deutsche Meteorologische Gesellschaft, der Deutscher Wetterdienst, der Extremwetterkongress Hamburg, die Helmholtz-Klima-Initiative und klimafakten.de.

Basisfakten zum Klimawandel unter: www.klimafakten.de/meldung/was-wir-heute-uebers-klima-wissen-basisfakten-zum-klimawandel-die-der-wissenschaft

WIE SIE ÜBER DIE KLIMAKRISE SPRECHEN KÖNNEN

Es gibt Menschen, die den Klimawandel leugnen, sich mental allen wissenschaftlichen Erkenntnissen verweigern und allen Argumenten misstrauen. Es reicht, wenn Sie ihnen freundlich

sagen, dass Sie nicht mit ihrer Position einverstanden sind. Es gibt aber viele vernünftige Menschen, die am Klimaschutz zweifeln, zum Beispiel weil sie soziale Gerechtigkeit bei der Bewältigung der Krisen vermissen. Und diese Zweifel können ausgenutzt werden von Demokratiefeind*innen und Rechtsextremen, die gegen Klimaschutz hetzen. Denen, die Hass säen, dürfen wir nicht das Feld überlassen, auch darum ist es wichtig, über die Klimakrise zu sprechen. Wie das gelingt? Viele praktische Hinweise bietet das im Juli 2022 erschienene „Handbuch Klimakommunikation", das kostenlos im Internet zur Verfügung steht. Einige der wichtigsten Tipps sind:

1. Seien Sie positiv.
2. Seien Sie konkret.
3. Erzählen Sie Geschichten, die berühren.
4. Zeigen Sie, dass wir die Klimakrise lösen können, wenn wir gemeinsam handeln.

Übrigens: Ein paar solche Geschichten finden Sie in diesem Heft unter der Überschrift „Zukunft statt Klimakrise".

Handbuch Klimakommunikation unter:
klimakommunikation.klimafakten.de

WIE SIE FALSCHBEHAUPTUNGEN WIRKSAM WIDERLEGEN

Es gibt viele Falschinformationen, die von Personen verbreitet werden und in sozialen Medien kursieren, die den Klimawandel leugnen oder verharmlosen. Ein internationales Netzwerk von Wissenschaftler*innen beschäftigt sich seit 2011 damit, wie solchen Desinformationen effektiv begegnet werden kann. 2020 veröffentlichten die Forscher*innen das Handbuch „Widerlegen, aber richtig". Das Wichtigste, kurz und knapp:

1. Wiederholen Sie nicht die falsche Behauptung, denn dadurch wird deren Wirkung verstärkt.
2. Beginnen Sie stattdessen mit einer klaren, knappen und einprägsamen wahren Aussage.

3. Erklären Sie anschließend, warum die Falschinformation in die Irre führt, und nennen Sie diese, eindeutig als falsch gekennzeichnet, nur einmal.
4. Wiederholen Sie zum Schluss die wahre Aussage.

Handbuch „Widerlegen, aber richtig“, unter: skepticalscience.com/docs/DebunkingHandbook2020-German.pdf

WEITERE LITERATUR

Andrea Becker: Diskurse gegen den Klimaschutz in AfD-Programmen. In: DISS-Journal Sonderausgabe #4. Duisburg 2021.

Eva Eichenauer, Fritz Reusswig, Lutz Meyer-Ohlendorf, Wiebke Lass: Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Olaf Kühne, Florian Weber (Hg.): Bausteine der Energiewende. Heidelberg 2018, S. 633-651.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung. Berlin 2018.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden. Berlin 2019.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus. Berlin 2021.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Ökologie und die Neue Rechte. Eine Analyse des Magazins „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“. Magdeburg 2021.

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft. Berlin 2022.

Maja Göpel: Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin 2020.

Arno Kleber, Jana Richter-Krautz: Klimawandel FAQs. Fake News erkennen, Argumente verstehen, qualitativ antworten. Berlin 2022.

Paula Matlach, Łukasz Janulewicz: Kalter Wind von Rechts: Wie rechte Parteien und Akteur:innen die Klimakrise zu ihren Gunsten missbrauchen. Berlin 2021.

Matthias Quent, Christoph Richter, Axel Salheiser: Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende. München 2022.

Stefan Rahmstorf, Hans Joachim Schellnhuber: Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie. München 2018.

Nick Reimer, Toralf Staud: Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird. Köln 2021.

Christoph Schulze: „Corona-Proteste" und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021, Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus, Mai 2022, Ausgabe 10.

Simon Teune, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Fritz Reusswig, Wiebke Lass: Energiewende? - ja! Aber … Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. Potsdam und Mönchengladbach 2021.

Andreas Zick, Beate Küpper: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn 2021.

www.aktionsbuendnis-brandenburg.de